

Der Wille des Patienten

Es ist gut, dass in die festgefahrene Debatte um die Patientenverfügung neue Bewegung gekommen ist. Oberste Richtschnur muss - darüber besteht Einigkeit - die unantastbare Würde des Menschen in allen Phasen seines Lebens sein. Unter den Meinungsunterschieden erscheinen mir zwei Punkte besonders wichtig.

Wie ist die Würde eines Patienten zu schützen, der in der letzten Phase seines Lebens nicht mehr zur Einwilligung oder zur Abwehr medizinischer und pflegerischer Eingriffe fähig ist? Soll hier die Patientenverfügung unbedingt gelten? Das würde bedeuten, den Betreuer zu verpflichten, den im Rahmen einer Patientenverfügung dokumentierten Willen nicht nur zu beachten - das muss er schon nach geltendem Recht -, sondern ihm ohne Abstriche zur Durchsetzung zu verhelfen. Juristisch wie ethisch wäre dies unbefriedigend. Denn wer weiß, was der aktuelle Wille des Patienten ist? Er könnte sich geändert haben. Der andere Weg nutzt die Logik des bestehenden Betreuungsrechts. Der Betreuer muss einerseits die früher geäußerten Willensbekundungen als wichtige Hinweise einbeziehen, muss aber zugleich zusammen mit weiteren Bezugspersonen (Angehörigen, medizinisch-pflegerischem Personal) unter Abwägung vielfältiger zusätzlicher Informationen und Gesichtspunkte den mutmaßlichen aktuellen Willen ermitteln. Dieser Weg scheint als der besser verantwortbare.

Wenn es um das Thema Demenz oder Wachkoma geht, muss klar sein: Demente oder wachkomatöse Patienten sind keine Sterbenden, sondern Menschen mit zum Teil schwersten Behinderungen. Das ist ein wesentlicher Unterschied - auch wenn hier nichts verharmlost werden soll. Bleibt die personale Würde dieser Menschen nicht erhalten, auch wenn sich ihr Lebenszustand dramatisch verändert? Es ist, auch wenn wir diese Menschen nicht verstehen, wenn wir mit ihnen fühlen und mit ihnen leiden, ein Lebenszustand, kein Sterbezustand. Sie bedürfen besonderer Hilfe und besonderer Betreuung.

Stefan Vesper

14. Jg. Nr. 5 30. Oktober 2008

Inhalt

Mit unternehmerischer Kreativität und Kompetenz Armut überwinden

Das Social Business-Konzept
von Professor Muhammad Yunus
Jutta Hinrichs und Karl Osner 2

Zu wenig Geld im System

Vorrang für Zukunftsfähigkeit von
Kindertageseinrichtungen
Claudia Lücking-Michel 4

Ausweglos?

Russland und der Westen nach
dem Georgien-Krieg
Thomas Bremer 6

Die Grundfragen sind noch immer offen

Reise des Gesprächskreises
"Juden und Christen" nach Rom
Dagmar Mensink 8

Mut zur Mission

Aus weltweiten Erfahrungen lernen
Gregor Freiherr von Fürstenberg 10

Aus der Arbeit des ZdK

Bildung ist mehr als Ausbildung 12

Mit unternehmerischer Kreativität und Kompetenz Armut überwinden

Das Social Business-Konzept von Professor Muhammad Yunus

Mit seiner Idee, eine Bank für die Ärmsten zu gründen, wurde der Wirtschaftsprofessor Muhammad Yunus weltweit bekannt, als ihm 2006 der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Anlässlich der Verleihung hat er mit der Idee des "Social Business" ein visionäres Konzept vorgelegt. Dieses Konzept ist weitergehend als die Vergabe von Mikrokrediten an Arme. Das ZdK stellt diesen neuen unternehmerischen Ansatz vor.

Ausgangspunkt von Muhammad Yunus ist eine kritische Reflexion zum Weltwirtschaftssystem, das vom Kapitalismus stark geprägt ist: Ohne Zweifel habe der moderne Kapitalismus der Menschheit einen nie zuvor dagewesenen materiellen Wohlstand ermöglicht. Trotzdem verfüge jeder zweite Mensch über weniger als 2 US\$ pro Tag. Fast eine Milliarde Menschen leben in extremer Armut - von weniger als dem Gegenwert 1 US\$ täglich. Die Wurzeln der meisten Probleme liegen nach Ansicht von Professor Yunus in einer zu engen Interpretation des Kapitalismus: "Der Erfolg der freien Marktwirtschaft hat uns so nachhaltig beeindruckt, dass wir es nie gewagt haben, ihre Grundannahmen in Frage zu stellen. Stattdessen haben wir hart an uns selbst gearbeitet, bloß damit wir in das vorgegebene Muster der Profitorientierung passen." Tatsächlich benachteiligt der Kapitalismus in seiner bisherigen Ausgestaltung einen Großteil der Menschen. Muhammad Yunus hat eine Vision: Er will den Kapitalismus weiterdenken. Er will Unternehmen dafür gewinnen, ihre unternehmerische Kreativität und Kompetenz auch für soziale Zwecke einzusetzen.

Kerngedanke des Social Business-Konzepts ist die nachhaltige Überwindung von Armut mit Hilfe wirtschaftlich tragfähiger Unternehmen in Ergänzung zum klassischen Business und zur traditionellen Armutsbekämpfung durch Spenden und Hilfsprogramme. Muhammad Yunus setzt dabei auf sozial motivierte Unternehmer, die kreativ und kompetent die Bedürfnisse der Armen analy-

sieren und praxistaugliche innovative Geschäftsmodelle entwickeln. Die Unternehmer arbeiten dabei grundsätzlich nach den üblichen Marktmechanismen, orientieren sich aber an sozialen Zielen statt finanziellem Profit. Die unternehmerischen Aktivitäten - also die Produkte und Dienstleistungen, die sich positiv im alltäglichen Leben armer Familien auswirken - werden damit zum direkten Unternehmensziel.

Was für manche wie die Quadratur des Kreises klingen mag, wird in der Praxis schon umgesetzt. Zum Beispiel in Bangladesh. Dort betreibt Danone, der größte Milchproduktkonzern der Welt, seit März 2006 ein Social Business mit der dortigen Grameen Bank und weiteren Grameen Unternehmen. Ziel des Joint Ventures ist die Produktion von nährstoffreichem und trotzdem für Arme erschwinglichem Joghurt, um der weit verbreiteten Mangelernährung unter Kindern Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus planen derzeit auch weitere Unternehmen die Entwicklung eigener Social Businesses. Praxisbeispiele, die vielleicht auch Unternehmer in Deutschland motivieren, die Social Business-Idee aufzugreifen.

Kennzeichen eines Social Business

Ein Social Business im Sinne von Yunus entspricht dabei folgenden Grundsätzen:

- Unternehmenszweck: Das Social Business erfüllt einen sozialen oder ökologischen Nutzen, entweder
 - a) weil die Produkte oder Dienstleistungen den elementaren Bedürfnissen und Anforderungen armer Bevölkerungsschichten entsprechen, diese für sie erschwinglich sind und ihre Lebensbedingungen nachhaltig verbessern, oder
 - b) weil die Armen selbst Eigentümer des Social Business sind und somit am Gewinn beteiligt werden;
- Profitabilität: Das Social Business wirtschaftet profitabel (bzw. mindestens verlustfrei, d.h. es muss sämtliche Betriebskosten selbst decken), obwohl der soziale Nutzen für die Armen oberste Priorität hat;
- Gewinnausschüttung: Zwar können Investoren nach einigen Jahren ausgezahlt werden - grundsätzlich verzichten sie jedoch auf jede Dividende. Eventuelle Gewinne werden reinvestiert: entweder um das Preis-Leistungsverhältnis der Produk-

te und Dienstleistungen zu verbessern, das Unternehmen räumlich zu expandieren oder um neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Der Verzicht auf Dividende ist somit nicht nur Ausdruck der sozialen Motivation, sondern dient dem Wachstum des Unternehmens in die Breite, so dass es seinen unmittelbaren Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten kann.

Ein Social Business lässt sich somit auf die Kurzformel bringen: Es ist ein mindestens verlustfreies Unternehmen mit sozialer Zielsetzung ohne Dividendenausschüttung für den Investor ("cause-driven, non-loss, non-dividend").

Hierin liegt auch der Unterschied zu vielen gemeinnützigen Einrichtungen im herkömmlichen Sinn: Ein Social Business ist ein Wirtschaftsbetrieb, das regulären betriebswirtschaftlichen Kriterien entspricht und nachhaltig wirtschaften kann.

Als wirtschaftliche Tätigkeitsbereiche für Social Business-Unternehmen nennt Yunus vor allem das Gesundheitswesen, den Bildungssektor, Finanzdienstleistungen, Informationstechnologie und erneuerbare Energien - ausgerichtet auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Armen.

Motivation für ein Social Business

Es stellt sich die Frage: Warum sollte ein deutscher Unternehmer Zeit und Geld in ein Social Business stecken? Was könnte einen Unternehmer dazu bewegen, in ein Unternehmen zu investieren, obwohl er trotz Risikoübernahme selbst im Erfolgsfalle nur die Investition zurückerhält, jedoch keine Dividende? Ist also das Social Business-Konzept praxistauglich?

Schon heute setzen sich viele deutsche Unternehmen im Rahmen von Corporate Social Responsibility freiwillig für soziale und ökologische Belange ein. Der Social Business-Ansatz geht darüber hinaus. Treiber für ein solches Engagement kann neben philanthropischer Motivation auch unternehmerischer Ehrgeiz oder kluge Strategie sein: Im Vergleich zu klassischem Sponsoring sind Investitionen in Social Business-Unternehmen nicht nur nachhaltiger, sondern auch strategisch interessant, z. B. aufgrund des Erwerbs von praktischem Know-how in Wachstumsmärkten. Ein Investor in ein Social Business sieht benachteiligte

gesellschaftliche Gruppen nicht als Empfänger von Hilfe, sondern behandelt sie als Marktteilnehmer wie alle anderen Kunden- bzw. Unternehmergruppen. Indem sie die Ärmsten als Marktteilnehmer achten, erschließen die Social Business-Unternehmen die Entwicklungspotenziale der Ärmsten für diese selbst: sie können lebensnotwendige Produkte und Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen kaufen, finden neue Arbeitsplätze und werden eventuell sogar zu Miteigentümern.

Dabei sollen und können Social Business-Unternehmen die klassischen Unternehmen sicher nicht ersetzen. Sie sollen vielmehr den freien Markt um eine neue Dimension ergänzen.

Handlungsperspektiven und Ziele

In Fortführung der Verbindung mit Muhammad Yunus und der Grameen Bank im Rahmen der Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe und der Exposure und Dialogprogramme, an denen eine staatliche Anzahl von Mitgliedern des ZdK teilgenommen hat, haben eine Reihe von Unternehmern und Teilnehmer aus Zivilgesellschaft und Kirche ein Initiative entwickelt, die zur Umsetzung des Social Business-Konzepts einen Beitrag leisten will. Sie hat das Ziel im Blick:

- Unternehmer und Unternehmerinnen finden, die ein Social Business starten oder darin investieren,
- Tragfähige Geschäftsideen für Social Businesses entwickeln,
- Investoren, die ihr Geld sinnvoll anlegen wollen, und Unternehmer, die gute Ideen haben, miteinander in Verbindung bringen.

Das Social Business Network möchte mit seiner Initiative einen Beitrag zur Erreichung dieser drei Ziele leisten. Interessierte Unternehmer und Investoren sind daher jederzeit herzlich willkommen!

Jutta Hinrichs, Referentin für Wirtschaft und Soziales im Generalsekretariat des ZdK, und Dr. Karl Osner, Social Business Network

Weitere Informationen enthält das Konzeptpapier von Kerstin Humberg und Karl Osner "Mit unternehmerischer Kreativität und Kompetenz Armut überwinden". Das Papier kann im Generalsekretariat des ZdK angefordert werden.

Zu wenig Geld im System

Vorrang für Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen

Sowohl aus der Familienpolitik als auch aus der Bildungspolitik wird der Ruf nach mehr und qualifizierteren Betreuungsangeboten gerade auch für jüngere Kinder immer lauter. Was sollen und können Kindertageseinrichtungen leisten? Was sind die Voraussetzungen für ein qualifiziertes Angebot?

Die aktuelle öffentliche Diskussion über Kindertageseinrichtungen ist gleichermaßen zu begrüßen wie mit problematischen Nebenwirkungen verbunden. Sie ist geprägt von hoher Wertschätzung für Einrichtungen und Fachkräfte. Doch ohne einen Diskurs über die Angemessenheit von Erwartungen, über Ziele, notwendige Konzeptveränderungen, Ressourcenausstattungen und politische Steuerungsmodalitäten werden die positiven Ansätze schnell umschlagen in eine Überforderung für Einrichtungen und Fachkräfte.

Kindertageseinrichtungen im Spiegel unterschiedlicher Erwartungen

Kindertageseinrichtungen werden mit Erwartungen "überhäuft". Wenn eine Einrichtung gleichermaßen als "vorweg genommene Schule", "Familienersatz und Institution zur Kompensation familiärer Defizite", "Erziehungsberatung für Eltern" und als "lebenswerter Ort für Kinder" verstanden und deren Handeln letztlich auch an diesen Zuschreibungen gemessen wird, dann besteht die große Gefahr, dass sie an solch diffusen und gleichzeitig komplexen Anforderungen scheitert. Daher ist es notwendig, die unterschiedlichen Erwartungen zu einem Profil zu verdichten, bei dem Prioritäten gesetzt, die unterschiedlichen Erwartungen in ihrem Stellenwert gewichtet und entsprechend die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, wie sie für eine annähernde Realisierung der Erwartungen erforderlich sind.

Herstellung von Chancengerechtigkeit als zentrale Aufgabe

Die zentrale Erwartung an Kindertageseinrichtungen lässt sich in der Formel "Herstellung von

Chancengerechtigkeit" bündeln. Kindertageseinrichtungen sollen dazu beitragen, dass durch eine frühe Förderung Kinder sich entsprechend ihren Begabungen entwickeln und eine Persönlichkeit herausbilden, die es ihnen ermöglicht, sich in die Erwachsenengesellschaft zu integrieren und sich dort einen Platz zu gestalten, der ihnen ein individuell und sozial befriedigendes Leben ermöglicht. Damit sind zwei zentrale konzeptionelle Herausforderungen verbunden:

- Im Mittelpunkt steht zunächst die Ausrichtung an der einzelnen Persönlichkeit und der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes.
- Mit dem Leitbegriff "Chancengerechtigkeit" wird aber auch ein kompensatorischer Aspekt im Auftrag an Kindertageseinrichtungen akzentuiert. Es geht um eine besondere Förderung für diejenigen Kinder, in deren familiären und sonstigen sozialen Lebensverhältnissen markante Benachteiligungen enthalten sind.

Kindertageseinrichtungen im Kontext von Bildung

Bei der Herstellung von Chancengerechtigkeit nimmt Bildung eine zentrale Stellung ein: sowohl als ein wichtiger Baustein im Zustandekommen von Chancengerechtigkeit als auch als Ziel der einzelnen Förderungsbemühungen. Demzufolge erfordert eine erweiterte Funktionszuschreibung für Kindertageseinrichtungen eine neue Art der Verankerung im Bildungsbereich, die über zwei Wege erfolgen sollte:

- konzeptionell, indem der Bildungscharakter dessen, was in Kindertageseinrichtungen geschieht, definiert und plausibel erläutert sowie gesellschaftlich zur Akzeptanz gebracht wird und
- institutionell, indem die Kindertageseinrichtungen mit den anderen Teilen des Bildungssystems verknüpft werden und auf diese Weise die Kindertageseinrichtungen zum sichtbaren Bestandteil eines differenzierten kooperativ verbundenen Bildungssystems werden.

Konzeptionelle Herausforderungen an die Arbeit in Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen werden sich künftig verstärkt darüber legitimieren müssen, dass sie – neben Erziehung und Betreuung der Kinder – ihre

Handlungsansätze zur kindgemäßen Förderung von Bildung herausarbeiten sowie diese nach innen und außen überzeugend darstellen. Es bedarf einer elementaren, die einzelnen pädagogischen Teile integrierenden Konzeptionsentwicklung in den einzelnen Einrichtungen. Der Umgang mit Heterogenität spitzt sich zu vor allem bei einem hohen Anteil von Kindern aus Familien mit Migrationsgeschichte, deren Lebenssituationen und Bildungsbedürfnisse differenziert in das pädagogische Alltagshandeln einzubeziehen sind.

Ressourcen zur Bewältigung der Anforderungen

Eine Debatte, die vorwiegend die Anforderungen artikuliert, ohne die erforderlichen Ressourcen in den Blick zu nehmen, wäre nicht nur folgenlos, sondern auch gegenüber den Fachkräften in den Einrichtungen verantwortungslos.

So ist ein deutlich verbesserter Personalschlüssel erforderlich. Im Sinne einer Förderung von Chancengerechtigkeit wird der Personalbedarf bei verschiedenen sozialen Konstellationen in Kindertageseinrichtungen unterschiedlich zu berechnen sein. Bei der Berechnung bzw. Festlegung der Personalschlüssel sind Verfügungszeiten (Zeiten für Vor- und Nachbereitung) des Personals einzuberechnen.

Die Ausweitung und das Profil der Aufgaben erfordern eine qualifizierte inhaltliche Leitung der Einrichtung. Die Kompetenzanforderungen an die Leitung sind so komplex, dass dafür eine Qualifizierung in Form eines auf diese Aufgaben ausgerichteten Bachelor-Studiums erforderlich erscheint. Auch Fachberatungen haben sich als ein wichtiges Instrument zur strategischen Steuerung von Reformprozessen erwiesen. Um dieses Steuerungspotential künftig noch zielgerichteter nutzen zu können, sollten die Fachberatungen intensiver in die fachliche Begleitung und in die Evaluation der künftigen Entwicklungsprozesse eingebunden werden.

Angesichts der Tatsache, dass zur Realisierung der Entwicklungsaufgaben im Bereich der Kindertageseinrichtungen "zu wenig Geld im System" ist, muss der Ausbau der Kindertageseinrichtungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht Vorrang

haben vor neuen finanziellen Leistungen für Eltern. Kinder- und jugendhilfepolitisch kommt dem Ausbau zu einer bedarfsentsprechenden und pädagogisch hochwertigen Kindertagesbetreuung eine höhere Bedeutung zu als einer – im Grundsatz durchaus plausiblen und zu befürwortenden – Beitragsfreiheit oder der Einführung eines "Betreuungsgeldes" für Eltern.

Die öffentliche Verantwortung für zukunftsfähige Kindertageseinrichtungen

Die vielfältigen bildungspolitischen und sozialpolitischen Funktionszuschreibungen lassen sich nicht "nebenbei" und bei gleich bleibenden Ressourcen verarbeiten. Hier besteht eine öffentliche Verantwortung für den Reformprozess der Kindertageseinrichtungen.

Die Reform benötigt angesichts der Komplexität des Feldes Zeit und erfordert ein kluges Zusammenspiel von Engagement und drängendem Reformimpuls auf der einen sowie Geduld, Bereitschaft zur Reflexion und zur kontinuierlichen Prozessanpassung auf der anderen Seite. Ein wichtiger Faktor bei der Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen ist die Fachberatung; ein weiterer Faktor liegt in der kommunalen Jugendhilfeplanung, die die örtlichen Anforderungen und Gegebenheiten mit der reformerischen Gesamtstrategie verbinden kann und die sich nicht auf eine quantitative Planung von Plätzen beschränkt, sondern gleichermaßen die fachlichen Entwicklungsperspektiven in den Mittelpunkt stellt.

Dr. Claudia Lücking-Michel, Vizepräsidentin des ZdK und Vorsitzende des Bundesjugendkuratoriums (BJK).

Das Bundesjugendkuratorium ist ein von der Bundesregierung eingesetztes Sachverständigen-gremium. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendpolitik.

Anfang 2008 hat das BJK eine Stellungnahme zur Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen veröffentlicht. Sie ist zum Download erhältlich unter: www.bundesjugendkuratorium.de/positionen.html.

Ausweglos?

Russland und der Westen nach dem Georgien-Krieg

Einer der zahlreichen Regionalkonflikte auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion, der um Süd-Ossetien, ist im August aufgebrochen und hat zu einem fünftägigen Krieg zwischen Georgien und Russland geführt. In der Folge wurden die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen nachhaltig beeinträchtigt. Der Konflikt hat zahlreiche Aspekte, die das internationale Sicherheitsgefüge, aber auch innerrussische Fragen betreffen.

Süd-Ossetien gehört völkerrechtlich zu Georgien, wird aber schon seit vielen Jahren nicht mehr von Georgien kontrolliert. In dem etwa 70 mal 50 km großen Gebiet hat sich ein Regime etabliert, das sich eng an Moskau anlehnt und staatliche Selbstständigkeit beansprucht - Russland nützt diese Situation taktisch seit einigen Jahren aus, indem es etwa die Bewohner der Region mit russischen Pässen ausstattet. In Süd-Ossetien, wo ca. 100.000 Menschen leben, stellen die Osseten zwei Drittel der Bevölkerung, Georgier hingegen gut 25 %. Dieses Zahlenverhältnis hat sich seit vielen Jahrzehnten kaum verändert. Die Mehrheit der Osseten ist ebenso wie Georgier und Russen orthodox.

Militärische Zuspitzung

Im August versuchte die georgische Führung, Süd-Ossetien wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, und wandte dazu militärische Gewalt an. Russland, ohnehin mit Friedenstruppen in dem Gebiet vertreten, verlagerte weitere Truppen dorthin und griff Ziele in Georgien an. Nach wenigen Tagen war der militärische Konflikt zu Gunsten Russlands entschieden. Als politische Reaktion erkannte Moskau kurz darauf Süd-Ossetien sowie die ebenfalls nach Selbstständigkeit strebende georgische Provinz Abchasien diplomatisch an. Diesem Schritt ist bisher lediglich Nicaragua gefolgt; alle anderen Staaten halten an den bisherigen Grenzen Georgiens fest und sehen Süd-Ossetien als dessen Bestandteil.

Ausweglos?

Dieser Konflikt zeigt, dass die internationale Gemeinschaft über kein geeignetes Instrumentarium verfügt, um Territorialkonflikte mit separatistischen Bestrebungen zu lösen. Das ließ sich bereits im Fall Kosovo feststellen, den die russische Regierung seit langem in Parallele zu Süd-Ossetien sieht. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten: Die Osseten können sich nicht vorstellen, jemals wieder zu Georgien zu gehören, und es gibt die Nachbarrepublik Nord-Ossetien, die zu Russland gehört und in der die meisten Osseten leben. Das Gebiet ist für Georgien militärisch nicht wiederzuerlangen, und so lange Russland bei seiner jetzigen Haltung bleibt, gibt es auch keine politische Möglichkeit, dass Tbilissi die Kontrolle über Süd-Ossetien zurückerhält. Der Westen kann zwar die Zugehörigkeit der Region zu Georgien anerkennen (wie er das ja auch in Bezug auf Kosovo und Serbien bzw. die Bundesrepublik Jugoslawien lange Zeit gemacht hat), doch ändert das nichts daran, dass die Region Georgien faktisch entzogen bleibt. Das Beharren auf dem Völkerrecht bleibt also wirkungslos, während eine Anerkennung der russischen Position eindeutig völkerrechtswidrig wäre: Es gibt keinen guten Ausweg.

Durch die unklare und schwankende Haltung in der Kosovo-Krise hat die internationale Gemeinschaft die Situation im Kaukasus erheblich verkompliziert. Für Russland handelt es sich um einen analogen Fall. Allerdings ist das eine nicht ungefährliche Sichtweise, da man darin auch einen Präzedenzfall für Tschetschenien sehen kann. Die dortige Führung ist fast völlig unter Moskauer Kontrolle; sollte sich das einmal ändern, wird sich Tschetschenien nur mit militärischer Gewalt bei Russland halten lassen.

So genannte Realpolitik

Der Süd-Ossetien-Konflikt hat deutlich gemacht, wie stark der Einfluss der so genannten Realpolitik ist: Das kleine Gebiet wird von Russland genutzt, um Druck auf Georgien ausüben zu können. Georgien, das in hohem Maße von Russland abhängig ist (es bezieht 95 % der Gas- und 53 % seiner Stromimporte von dort), will sich politisch und wirtschaftlich zum Westen hin orientieren. Auch wenn die deutsche Bundeskanzlerin Georgien unlängst

eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt hat, so ist doch nicht zu erwarten, dass das Militärbündnis ein Land aufnimmt, das sich in einem derart unlösbaren Konflikt mit Russland befindet – und, das muss man ehrlicherweise dazusagen, das derart unverantwortlich agiert: Dass die militärische Aggression von Georgien ausging, darin stimmen alle Beobachter überein. Warum Präsident Saakaschwili allerdings den Angriff unternommen hat, bleibt unklar; trotz der massiven Unterstützung durch die USA (Georgien erhält pro Kopf der Bevölkerung 93 \$ amerikanischer Militärhilfe und steht damit weltweit an dritter Stelle, weit vor Afghanistan mit 62 \$!) konnte der Präsident nicht auf eine amerikanische Intervention zu Gunsten Georgiens hoffen.

Der realpolitische Aspekt zeigt sich auch in der Reaktion anderer Nachbarstaaten Russlands: Am Tag nach dem Ende der Feindseligkeiten nahmen die Staatspräsidenten Polens, der Ukraine, Litauens und Estlands sowie der lettische Premierminister an einer Demonstration in Tbilissi teil, um ihre Solidarität mit Georgien auszudrücken. In den Gesellschaften dieser Länder herrscht weitgehend die Überzeugung vor, dass Russland bereit sei, auch gegenüber diesen Staaten Gewalt anzuwenden und eine militärische Intervention durchzuführen, um seine politischen Ziele durchzusetzen. Vor allem der Streit um die Krim, die bis 1954 zu Russland gehörte und auf der heute noch der größte Teil der Bevölkerung pro-russisch eingestellt ist, wird als möglicher Anlass für eine Militärintervention Moskaus gesehen.

Russischer Blickwinkel

Der Georgienkrieg wird in der russischen Gesellschaft ganz anders als im Westen gesehen: Die große Mehrheit der Bevölkerung hält das russische Vorgehen für berechtigt. Präsident Medwedew, der die formellen Befehle gegeben hat und nach außen hin als der Agierende aufgetreten ist, hat in der russischen Öffentlichkeit an Ansehen gewonnen, weil er als "starker" Präsident wahrgenommen wurde. Zwar hält Premierminister Putin wohl faktisch nach wie vor die Fäden in der Hand, doch zeigen Umfragen, dass die russische Öffentlichkeit jetzt mehr und mehr auch Medwedew als den starken Mann im Lande sieht. Wie es tatsäch-

lich um die innerrussischen Machtverhältnisse beschaffen ist, bleibt jedoch unklar. Tatsache ist aber, dass in Russland weitgehend Konsens über die Interpretation des Konflikts besteht. Danach tragen Georgien (und die USA) die Verantwortung für die Gewalttaten, weil der Westen Russland schwächen wolle. Das zeigt, dass in Russland eine Sichtweise der internationalen Lage vorherrscht, die sich diametral von der westlichen unterscheidet.

Ende eins Mythos

Der religiöse Aspekt hat im Krieg keine wichtige Rolle gespielt hat. Die russische und die georgische orthodoxe Kirche haben während des Konflikts zu einer gewaltfreien Konfliktlösung aufgerufen, auch wenn sie beide die Positionen "ihrer" Staaten vertreten haben. Wichtiger ist hier, dass mit dem Krieg der Mythos der orthodoxen brüderlichen Welt, die gegen die andersgläubige Welt vereint steht, einen Bruch erlitten hat. Orthodoxe Staaten verhalten sich untereinander politisch nicht anders als gegenüber katholisch oder protestantisch geprägten.

Perspektiven für eine Lösung scheint es momentan kaum zu geben. Der Westen hat keine besonders starke Position, zumal sich die EU- oder NATO-Mitgliedsstaaten nur sehr schwer auf gemeinsame Maßnahmen einigen können, so dass beide Organisationen immer etwas schwerfällig auftreten müssen. Doch hat sich Russland auch selbst in eine Sackgasse manövriert. Die Obstruktionspolitik gegenüber dem Westen, etwa in der Frage der Beobachtermission, erschwert die Aussicht auf eine rasche einvernehmliche Lösung. Wichtig ist es, dass die EU (die in Russland mehr Vertrauen genießt also die USA oder die NATO) mit Russland und Georgien im Gespräch bleibt, dabei aber auf den völkerrechtlichen Gegebenheiten beharrt. Zudem müssen auch zivilgesellschaftliche Ansätze, die es in beiden Staaten gibt, gestützt werden. Nur so kann es zu einer anhaltenden Stabilisierung der Lage kommen.

Prof. Dr. Thomas Bremer, Professor für Ökumenik und Friedensforschung an der Theologischen Fakultät der Uni Münster, Mitglied der Redaktion OST-WEST-Europäische Perspektiven, einer Zeitschrift, die von Renovabis und dem ZdK herausgegeben wird.

Die Grundfragen sind noch immer offen

Reise des Gesprächskreises "Juden und Christen" nach Rom

Der Gesprächskreis "Juden und Christen" beim ZdK war, gemeinsam mit dem ZdK-Präsidium, in Rom. Er setzt damit eine Reihe von Gesprächs- und Begegnungsreisen fort, die ihn unter anderem nach Israel, in die USA, nach Polen, Frankreich und Tschechien führten. Dagmar Mensink, Mitglied des Gesprächskreises, berichtet über die Begegnungen mit...

... dem Präsidenten der "Kommission für die religiösen Beziehungen mit dem Judentum"

Der Kardinal zögert einen Moment, schließt kurz die Augen und beginnt dann mit einer langen Erklärung. Man merkt seinen Worten an, dass er sie in den letzten Monaten schon oft und gegenüber vielen Gesprächspartnern abgegeben hat. Es geht um die Karfreitagsfürbitte für die Juden im außerordentlichen Ritus, die Papst Benedikt XVI. selbst formuliert und im Februar 2008 veröffentlicht hat. "Pro conversione Judaeorum" ist sie überschrieben, "Für die Bekehrung der Juden". Sie hat auch im Gesprächskreis die Befürchtung geweckt, hier werde nicht nur versucht, eine kleine Gruppe Vorkonziliarer in die Mitte der katholischen Kirche zurückzuholen, sondern mit der Autorität der "ipsissima vox" des Papstes die Anerkennung des Judentums und seines besonderen Gottesverhältnisses durch das II. Vatikanische Konzil abzuschwächen oder gar zurückzunehmen und zur Judenmission aufzurufen.

Die Begegnung und das offene, von großem theologischen Engagement und Ernst geprägte Gespräch mit Kardinal Walter Kasper war zweifellos der Höhepunkt der Delegationsreise des Gesprächskreises "Juden und Christen" und des Präsidiums des ZdK nach Rom. Der deutsche Kardinal und ehemalige Professorenkollege des gegenwärtigen Papstes musste als Präsident der "Kommission für die religiösen Beziehungen mit dem Judentum" in der Frage der Interpretation

des neuen Gebetstextes nicht zum ersten Mal einspringen. In der Sache suchte er die Bedenken zu zerstreuen, die der Gesprächskreis "Juden und Christen" auch öffentlich formuliert hat und die in Deutschland wie im Vatikan große Aufmerksamkeit fanden. Kardinal Kasper wiederholte nachdrücklich, was durch die Veröffentlichung im *Observatore Romano* (Nr. 16, 18. April 2008) auch als "offizielle Stellungnahme" des Vatikans gelten kann: "Nostra Aetate", die Erklärung des Konzils über die nichtchristlichen Religionen, bleibt auch unter Benedikt XVI. ohne Abstriche gültig. Es gibt nicht zwei getrennte Heilswege, sondern Juden und Christen gehen in einer Weggemeinschaft auf unterschiedlichen Wegen unter einem gemeinsamen Heilsbogen. Der Dialog erfordert die Anerkennung der jeweiligen Positionen und der großen gemeinsamen Basis. Judenmission wird es auch künftig nicht geben; die Verwirklichung des Reiches Gottes und des Heilsgeheimnisses Jesu Christi ist nicht Aufgabe der Kirche, sondern liegt allein in Gottes Hand. Im Rückblick kann der Kardinal der Diskussion sogar Positives abgewinnen. Das Thema Judenmission, das in "Nostra Aetate" und nachfolgenden Stellungnahmen nicht geklärt werden konnte, sei einer gewissen Lösung zugeführt worden. Und die radikalen theologischen Grundfragen des christlich-jüdischen Dialogs lägen jetzt in aller Deutlichkeit auf dem Tisch.

Auch wenn sich das Gespräch mit Kardinal Kasper auf die Karfreitagsfürbitte konzentrierte, so liegt der Gesprächsanlass doch länger zurück. Der Kardinal hatte die Erklärung "Juden und Christen in Deutschland – verantwortete Zeitgenossenschaft in einer pluralen Gesellschaft", die der Gesprächskreis am 14. März 2005 veröffentlicht hatte, sehr positiv gewürdigt, aber auch "Fragen und Vorbehalte" geäußert, die schon damals genau auf die Frage zielten, was das Bekenntnis zu Jesus Christus als dem Erlöser der Welt für das Heil der Juden bedeutet. Der Gesprächskreis hat sich den Anfragen in mehreren Sitzungen gestellt. Ergebnis ist eine theologische Positionsbestimmung, die Kardinal Kasper als Grundlage des Austausches vorlag. Wie es dem Gesprächskreis eigen ist, geschieht eine solche Klärung nicht zuerst "innerkatholisch", sondern stets in Gegenwart der jüdischen Partner und Partnerinnen.

... mit Diplomaten

Doch wie steht die Kurie unter Benedikt XVI. zu einem solchen Verständnis christlicher Theologie, die sich als Konsequenz der Neubestimmung des Verhältnisses zum Judentum durch das II. Vatikanische Konzil versteht? Hier sind Mordechai Lewy, Botschafter Israels beim Heiligen Stuhl, und Hans Henning Horstmann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl, deutlich skeptischer als Kardinal Kasper. Beide empfangen die Delegation des ZdK mit Herzlichkeit und großzügiger Gastfreundschaft. Im Gespräch verweisen sie auf das Regierungsprogramm Benedikts XVI., das dem "Relativismus" der Moderne die "Kontinuität" der 2000-jährigen Geschichte der katholischen Kirche entgegenhält. Der Geist werde deutlich konservativer. Botschafter Lewy zeigt dafür durchaus Verständnis und würdigt die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl. Botschafter Horstmann und der Geistliche Botschaftsrat Prälat Dr. Eugen Kleindienst raten dem Gesprächskreis, immer wieder und auf verschiedenen Ebenen das Gespräch zu suchen.

... mit Wissenschaft und Priesterausbildung

Auch was Wissenschaft und Priesterausbildung betrifft, ist die Verankerung der Neubestimmung des Verhältnisses zum Judentum, wie sie das II. Vatikanische Konzil programmatisch vorgestellt hat, durchaus ambivalent. Das Kardinal-Bea-Zentrum für Jüdische Studien der Universität Gregoriana, das sich noch im Aufbau befindet, beeindruckt durch die enge Kooperation mit der Hebräischen Universität Jerusalem und der Universität Leuven in Forschung und Lehre. Der Leiter Prof. Dr. Joseph Sievers, der den römischen Kongress zum 40. Jahrestag der Konzilsklärung *Nostra Aetate* souverän und mit internationaler Anerkennung organisiert hat, ist auf die Frage nach dem politischen Einfluss der Arbeit des Instituts auf die Kurie aber sehr zurückhaltend. Man befinde sich auf der anderen Seite des Tiber und wisse Wissenschaft und Politik zu trennen. Auch Prof. Dr. Prosper Grech, langjähriger Leiter am Päpstlichen Patristischen Institut Augustinianum und Mitglied der Päpstlichen Bibelkommission, betont den rein wissenschaftlichen Charakter der Veröffentlichungen der Bibelkommission.

Im Gespräch mit dem Rektor des Collegium Germanicum et Hungaricum, Pater Franz Meures SJ, und Studenten des Kollegs zeigt sich eine hohe Sensibilität für die Bedeutung des Judentums im Blick auf die Bibelauslegung und für die Verantwortung aus der Geschichte des Holocaust. Doch es gibt erst wenige Angebote für ein Lernen mit und von Juden und Jüdinnen, das die zweifache Nachgeschichte der Hebräischen Bibel/des Alten Testaments fruchtbar machen könnte.

... mit einer geistlichen Gemeinschaft

Eine ganz andere Perspektive eröffnet sich beim Besuch der Gemeinschaft Sant'Egidio. Die Gemeinschaft hat nachhaltige vertrauensvolle Beziehungen zur jüdischen Gemeinde Roms aufgebaut. Bischof Ambrogio Spreafico, bisher Rektor der Päpstlichen Universität Urbaniana und zuständig für den jüdisch-christlichen Dialog der Gemeinschaft, schildert eindrücklich, wie persönlicher Kontakt und Freundschaften eine Brücke über Verletzungen wie die Karfreitagsfürbitte bauen können.

Wer in Rom nach dem Verhältnis von Juden und Christen fragt, muss die Bedeutung und Geschichte der dortigen jüdischen Gemeinde berücksichtigen. Umso bedauerlicher war es daher, dass die Begegnung mit Oberrabbiner Riccardo Di Segni auf einen Zeitpunkt nach Abschluss der Delegationsreise verschoben werden musste und nur vom Leiter des Gesprächskreises, Prof. Dr. Hanspeter Heinz (Augsburg), wahrgenommen werden konnte.

Ein Fazit

Was bleibt von dieser Reise? Ganz eindeutig: Die Arbeit des Gesprächskreises, gerade auch die Weise, unter Juden und Christen gemeinsam Positionen zu erarbeiten, ist 40 Jahre nach dem Konzil und unter scheinbarer Priorität der Fragen nach dem Verhältnis zum Islam noch genauso wichtig wie in den letzten Jahrzehnten. Denn die theologischen Grundfragen nach dem, was verbindet und trennt, zeigen sich mit neuer Schärfe. Hier international im Gespräch zu sein, wird im Zeitalter globaler Aufmerksamkeit noch wichtiger werden.

Dagmar Mensink, Leiterin des Referats für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand der SPD, Mitglied des Gesprächskreises "Juden und Christen" und Mitglied des ZdK

Mut zur Mission

Aus weltweiten Erfahrungen lernen

"Ich erzähle Dir von meiner Begeisterung für Jesus Christus." Solch ein Satz wirkt leicht pfingstlerisch angehaucht und ist für viele Christen in Deutschland zunächst mal Eines: Peinlich. Für den FC Schalke darf man schwärmen. Religion ist eher Privatsache und dafür zu schwärmen ist ungewöhnlich. Im Folgenden soll es vor allem um zwei Fragen gehen: Welche Chancen und Möglichkeiten hat Mission heute in Deutschland? Inwieweit können wir dabei die weltkirchlichen Erfahrungen nutzen?

Der Petrus-Brief spricht davon: "Seid bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der Euch nach der Hoffnung fragt, die Euch erfüllt" (1. Petrus 3,15). Die heute "mal wieder" aufbrechende Frage, wovon und wofür leben wir, können Christen beantworten. Wir finden die Antwort in der Frohen Botschaft.

Das Wort der deutschen Bischöfe "Zeit zur Aussaat" (2000) hält fest: "ein Grundwort christlichen Lebens kehrt zurück: Mission". Die aktuelle Suche nach dem "Mehr", nach einer Spiritualität jenseits des wissenschaftlich Verifizierbaren hat verschiedene Ursachen. Die Wahrnehmung dieses Phänomens setzt sich in Deutschland – auch gerade im Vergleich mit den anderen westlichen Nationen, aber erst recht im globalen Kontext – nur langsam durch.

II. Vatikanum

Wie versteht die Kirche sich selbst? Das klassische Zitat aus dem II. Vatikanum lautet: "die pilgernde Kirche (ist) in ihrem Wesen nach missionarisch (d.h. als Gesandte unterwegs)" (Ad Gentes Nr. 2) Damit war das II. Vatikanum, wie Karl Rahner festgehalten hat, nicht nur "der erste amtliche Selbstvortrag der Kirche als Weltkirche", sondern es hat auch die Mission als einen Wesenszug der Kirche definiert.

Herausforderung

Ottmar Fuchs hat unsere aktuelle kirchliche Herausforderung hilfreich zugespitzt: Wir haben die anderen missioniert, uns selber aber können wir

nicht helfen. Wenn wir bislang in der Missionswissenschaft intensiv über die Inkulturation des Glaubens bei den indigenen Kulturen gesprochen haben, helfen uns heute bei unserer eigenen Situationsanalyse die Überlegungen von Vertretern aus den Ländern des Südens. Die Theologen aus dem Südens berichten von ihren Inkulturationsbemühungen und fragen uns nach unseren Ansätzen das Christentum auch bei uns immer neu zu verankern. An welchen Orten findet bei uns die Inkulturation des Christentums in die Jugendkulturen, die Medienkulturen oder Freizeitkulturen in Deutschland statt? Dies ist eine große Herausforderung.

Pluralisierung: Wiederkehr der Götter in Europa

Mit einer gewissen Überraschung spricht man heute von einer "Wiederkehr der Götter" im alten Europa. Dabei ist nicht ausgemacht, dass die Wiederkehr des christlichen Gottes gemeint ist. Durch die Pluralisierung der Angebote und die "De-Institutionalisierung" des religiösen Angebotes stehen die Kirchen vor einem Zustimmungsvorbehalt ihrer Mitglieder. Religiöse Motivation und zum Teil auch verdrängte religiöse Wurzeln erfreuen sich einer zunehmenden Beachtung. Die von Max Weber festgestellte "Entzauberung der Welt" wird von einer erneuten "Verzauberung der Welt" abgelöst.

Heute: Religion ist Privatsache

Die Frage, die sich innerhalb der katholischen Kirche stellt, überschreitet immer wieder die Grenze vom professionellen Anspruch zur Sphäre des Privaten: Wo sind wir heute missionarisch? Ein öffentliches Bekenntnis, ein öffentliches Tischgebet, ein öffentliches Kreuzzeichen wurde lange dem Missionseifer einiger Freikirchler überlassen.

Kirche finde ich gut

Die Institution Kirche – zumindest in Deutschland – leidet. Dies erschwert eine missionarische Orientierung. Sie leidet unter einschneidenden Sparmaßnahmen und einer historischen Belastung des Begriffes Mission. Sie leidet, weil sie in der Diskussion zwischen einem absoluten und einem relativen Anspruch im Rahmen eines gesellschaftlichen Pluralismus steht. Diese Hypothesen, die ohne Zweifel vorhanden sind, dürfen keine Entschuldigung sein, sich heute dem missionarischen We-

sensvollzug von Kirche zu entziehen und damit anderen Menschen und Kulturen die Botschaft vom kommenden Reich Gottes vorzuenthalten.

Werbung für eine nicht nur geliebte Institution

Nach den ersten Schockwellen über den massiven Vertrauens- und Bedeutungsverlust der Kirche im Norden, nach den ersten erfolgreichen Schritten für ein kirchliches "downsizing" wird nun zunehmend die Chance, die in der Krise steckt, entdeckt. Der religiöse Grundwasserspiegel hat sich spürbar gehoben, so dass Spiritualität / Religion wieder "hipp" wird. Dies ist ein gewaltiger Kulturwandel! In dieser Situation müssen die Verantwortlichen auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören, was sie von der Kirche erwarten und ihnen im wahrsten Sinne des Wortes "Raum" geben. Warum nicht z.B. Jugendlichen eine Kirche, die nicht mehr so viel genutzt wird "schenken" und diese Kirche zur "Jugendkirche" deklarieren?

Weltkirchliche Arbeit - unsere Vision

Die missionarische Verantwortung der deutschen Kirche für die Weltkirche ist als solche unbestritten und von der kirchlichen Tradition abgesichert. Neben der Caritasarbeit trägt die weltkirchliche Arbeit zum hohen Ansehen der Kirche in der bundesdeutschen Gesellschaft bei. Die Werbung für das Reich Gottes verbindet den Dienst am Evangelium mit dem Dienst am Menschen, so wie es Jesus vorgelebt hat.

Die Kirche ist kein Selbstzweck. Das Bischofswort "Allen Völkern sein Heil" hält fest: "Das Evangelium vom Reich Gottes (Lk 4,43) aller Welt zu verkünden, ist der Auftrag der Kirche" (S. 8). So ist die Richtung deutlich angegeben: "Ziel dieser von Gott ausgehenden Mission ist die Verwirklichung des Reiches Gottes" (S. 9).

Zum Beispiel: ASIPA

Pastoraltheologen stellen ein wachsendes Interesse an Mission als einem Grundthema der Theologie fest. Auch wenn der Fokus zunächst auf der Mission in Deutschland zu liegen scheint, wäre die Frage spannend, ob es hier zu einer stärkeren Verknüpfung mit der Mission in der Weltkirche kommen kann.

Viele Menschen entdecken die weltweite Vernetzung der Kirche zunehmend als einen Wert für

sich. So brauchen Gemeinden in vielen Bereichen des kirchlichen Lebens "das Rad nicht neu zu erfinden", sondern können von den Schwestern und Brüdern aus anderen Ortskirchen lernen und ihre Modelle für die bundesdeutsche Situation adaptieren (Zum Beispiel: den Vorschlag "Kleine Christliche Gemeinschaften", so wie sie in Afrika und Asien zu Hunderttausenden zu finden sind, auch in der Bundesrepublik vorzustellen: www.asipa.de).

Stärkung der Ortskirchen

Die verzweigten Ortskirchen zu stärken, damit sie Sauerteig für den Aufbau ihrer christlichen Gemeinschaften und darüber hinaus auch der Gesamtgesellschaft werden, sieht das Missionswerk *missio* als eine seiner zentralen Aufgaben. Die Vertreter der katholischen Kirche haben in vielen Ländern ihren wichtigen Beitrag zum Aufbau der Zivilgesellschaft geleistet, häufig auch unter Einsatz ihrer Gesundheit oder sogar ihres Lebens. Die Selbstorganisation der Armen, gemäß einer vorrangigen Option für die Armen, macht die Kirchen zu einem wichtigen Akteur in der Gesellschaft. Die missionarische Dynamik der Weltkirche ist in seinen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen. In diese Dynamik zu investieren und zu fördern, macht aus biblischer Perspektive Sinn.

Unser gemeinsames Ziel: Das Reich Gottes

Wenn man heute von einer Renaissance von Religion spricht, wenn man von einer Renaissance von Mission spricht, gilt es zu fragen, ob es gelingt, auch von einer Renaissance der Kirche sprechen zu können. Dies scheint objektiv betrachtet – dies mag zunächst einmal überraschen - der Fall zu sein. Zwar gilt dies nicht auf bundesdeutscher Ebene, wohl aber auf Weltebene. Unter Papst Johannes Paul II ist die Schallmauer von 1 Milliarde Katholiken deutlich durchbrochen worden. Kirche ist in ihrem weltweiten Zusammenhang ein gesellschaftlich breit anerkanntes Erfolgsmodell. Viele gesellschaftliche Entwicklungen sind in den unterschiedlichsten Ländern ohne die Aktivitäten der katholischen Kirche und ihrer Vertreter nicht vorstellbar. Lerngemeinschaft Weltkirche heißt, sich von der Begeisterung der anderen Ortskirchen für Jesus Christus inspirieren zu lassen.

Dr. Gregor Frhr. von Fürstenberg, Vizepräsident missio Aachen, Mitglied des ZdK

Bildung ist mehr als Ausbildung

Das ZdK hat die Entscheidung der Bundeskanzlerin, das für die Zukunft so entscheidende Thema Bildungspolitik mit einem Bildungsgipfel verstärkt in den Fokus der gesamtdeutschen Aufmerksamkeit zu stellen, ausdrücklich begrüßt. Ausgehend von den Erfahrungen der im ZdK vertretenen Akteure im Bildungsbereich und basierend auf einer Reihe von ZdK-Erklärungen der letzten Jahre hat der ZdK-Hauptausschuss auf die, aus seiner Sicht derzeit drängenden bildungspolitische Problemfelder hingewiesen.

Mehr als Ausbildung

Die Bildungspolitik der vergangenen Jahre war geprägt durch zwei wesentliche Veränderungen im Bildungssystem: Die deutschlandweite Einführung des Abiturs nach zwölf Schuljahren und der auf die Zweistufigkeit der Studiengänge orientierende Bologna-Prozess. Beiden ist das Ziel gemeinsam, junge Menschen rascher zu einem akademischen Abschluss zu führen und sie so früher für das berufliche Leben zu befähigen. Angesichts des im internationalen Vergleich höheren Durchschnittsalters deutscher Absolventen ist das fraglos berechtigt. Wird dieses Ziel jedoch einseitig von den Interessen des Arbeitsmarktes her definiert, so besteht die Gefahr, das Bildungsideal der Persönlichkeitsentwicklung durch das Ausbildungsziel möglichst schnell bereitgestellter, passgerechter Fachkräfte zu ersetzen. Längerfristig hätte dies für den Zustand unserer Gesellschaft wie auch für ihr nachhaltiges Leistungsvermögen verheerende Konsequenzen.

Selbstverständlich ist die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt eine zentrale Aufgabe des Bildungssystems. Doch um den Anforderungen in einer hochkomplexen Welt gewachsen zu sein, reicht diese Zielstellung nicht aus. Es bedarf eines auf grundlegenden ethischen Überlegungen basierenden Bildungsverständnisses, das die Person ins Zentrum rückt, als Gestalterin der eigenen Biographie und Trägerin von Verantwortung in sozialen Bindungen. Eine solche Bildung schafft Raum für die Entfaltung individueller Begabungen und Interessen, die dem einzelnen die Entwicklung seiner Talente ermöglicht, zum Wohl der gesamten Gesellschaft. Nicht die in der deutschen Bildungsdebatte zu oft dominierende Diskussion um Schulstrukturreformen führt hier wirklich weiter.

Vielmehr bedarf es einer verstärkten Anstrengung um die Qualität der Bildung und um Möglichkeiten individueller Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Förderung benachteiligter Jugendlicher

Bildung ist mehr als Ausbildung und dennoch führt Schulbildung für viele nicht zur Ausbildung. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen, ist zu hoch. Eine betriebliche Ausbildung ist ohne oder mit nur schlechtem Schulabschluss kaum erreichbar. Wer keinen Schulabschluss hat, bekommt keine Berufsausbildung. Wer keinen Beruf hat, gibt diesen sozialen Nachteil an die Kinder weiter. Bildungsarmut wird vererbt, Bildungschancen bleiben lebenslang ungleich verteilt. Das ZdK sieht in dieser Perspektivlosigkeit eine zutiefst beunruhigende Entwicklung. Es gilt, ihr in Lerninhalten und pädagogischer Vermittlung so entgegen zu wirken, dass auch Kinder- und Jugendlichen aus bildungsfernen Milieus ihre Potentiale entfalten und die Gesellschaft verantwortlich gestalten können.

Um der Gefahr der Vererbung von Bildungsarmut zu begegnen, fordert das ZdK, die Förderung von Kindern in den ersten Lebensjahren stärker in den Blick zu nehmen. Familien in schwierigen sozialen Milieus und Familien mit Migrationshintergrund muss besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung gegeben werden. Unverzichtbar ist hier ein bedarfsgerechtes Angebot an Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung, in denen sie professionelle Hilfen zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenz und zur Bewältigung des familiären Alltags erhalten können. Von ebenfalls zentraler Bedeutung sind gute Bildungsangebote für alle Kinder gerade in der frühkindlichen Phase. Dazu gehören insbesondere der Ausbau und die Qualitätssicherung von Tagespflege und Kindertageseinrichtungen. Besonders wichtig ist die Förderung von Sprachkompetenz in den ersten Lebensjahren. Aus Sicht des ZdK ist die Beitragsfreiheit der Kinderbetreuungs- und -bildungsangebote anzustreben.

ZdK-Erklärungen alle unter www.zdk.de:

*Benachteiligte Jugendliche gerecht beteiligen! Antwort auf eine neue soziale Frage, Mai 2006

*Lernen und Arbeiten im Lebenslauf, November 2005

*Familienpolitik: geschlechter- und generationengerecht, Mai 2008